

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Versandpreis: 1.00 M. Dresden Nr. 31.907
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Stadthaus Dresden, Postfach Dresden Nr. 666
Postfach-Rote: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Deper & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Josef Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 6spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Scharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anwendung gebracht. Rabattsanspruch erlischt: b. veripit. Zahlung, Rüge od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollwitzer Str. 4
87. Jahrgang

15

Dienstag, den 7. Juli

1925

Vor dem Abbruch der Pariser Verhandlungen

Gegenwärtig bestehen keine Möglichkeiten mehr, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu einem positiven Abschlusse zu bringen

Heute die letzte Besprechung

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Delegierten über den deutsch-französischen Handelsvertrag sind bekanntlich ins Stocken geraten. Montagabend sollte in einer Unterredung zwischen dem französischen Handelsminister und dem Führer der deutschen Delegation vereinbart werden, ob es Zweck habe, im Herbst die Verhandlungen schon wieder aufzunehmen, oder sie bis zum Frühjahr zu vertagen, also bis nach Fertigstellung des neuen französischen Zolltarifs.

Inzwischen wird nun bekannt, daß Handelsminister Chaumet durch die Beratungen im Senat über das Gesetz betreffend die Abschaffung der kaufmännischen und gewerblichen Unternehmen festgehalten worden ist, so daß die für Montagabend angelegte Unterredung zwischen ihm und dem Staatssekretär Trendelenburg nicht stattfinden konnte. Die beiden Delegationsführer werden Dienstag zu einer letzten Unterredung zusammentreten, jedoch ist der Zeitpunkt noch nicht bestimmt worden.

Ueber die Gründe des Stockens der Verhandlungen erfahren wir von unterrichteter Seite:

Frankreich war nicht zu bewegen, in den für Deutschland besonders erheblichen Positionen (Textilwaren, den Waren der chemischen Industrie und elektrotechnischen Erzeugnissen) genügende Konzessionen zu machen. Diese Positionen waren immer der wunde Punkt im deutschen Handelsvertragsverhältnis zu Frankreich. Ein Handelsvertrag, der nicht die Exportfähigkeit der genannten Industrien verbürgt, hat für Deutschland keinerlei Sinn. Frankreich verlangt vor allen Dingen Einfuhr seines Weines und seines Eisens. Mit Rücksicht auf die schwere Schädigung unserer Winzerei, die bereits unter dem deutsch-spanischen Handelsvertrag schwer leidet, und mit Rücksicht auf die sich ergebenden parlamentarischen Schwierigkeiten aus der Gestattung einer umfangreichen Weineinfuhr war Deutschland hier mit Recht Frankreich nicht sehr weit entgegengekommen. Es ist für Deutschland auch keineswegs leicht, hier entgegenzukommen, zumal die Abschaffung der letzten Jahre zum mindesten nicht gestiegen ist.

Die Kampfzölle gegen Polen in Kraft getreten

Die deutschen Gegenmaßnahmen zur Erwidmung auf die polnischen Kampfzölle sind gestern in Kraft getreten. Die Maßnahmen werden, wie angenommen wird, die polnische Einfuhr ebenso stark droffeln, wie das Polen schon seit mehreren Tagen mit der deutschen Einfuhr tut.

Während der Reichstagspause

(Eigener Informationsdienst.) Die beiden stimmungsfreien Tage am Montag und Dienstag im Reichstag werden von der Reichsregierung, insbesondere vom Reichskanzler Dr. Luther dazu benutzt werden, die augenblicklich bestehenden parlamentarischen Schwierigkeiten zu beseitigen. In erster Linie handelt es sich jetzt darum, dem Kabinett in der Frage der Außenpolitik keine neuen Schwierigkeiten zu bereiten. Der Reichskanzler wird den Parteiführern klarmachen, aus welchen Gründen er die Parteien gebeten hat, von der öffentlichen Diskussion in der

Der Anschluß Oesterreichs, der erste Schritt auf dem Wege zur Einigung Europas

Bemerkenswerte Worte Hellpachs

Der böhmische Staatspräsident Dr. Hellpach hielt gestern in der Aula der Universität Böhmen einen Vortrag. Er schilderte kurz die Stappen, in denen der Bau des alten Europas immer brüchiger geworden sei bis zum Zusammenbruch des Jahres 1918, und wies darauf hin, daß Volkstum entweder Sprachgemeinschaft oder Schicksalsgemeinschaft sei.

Der deutschen Demokratie sei die übernationale Aufgabe anzufallen, die Einigung Europas zu vollbringen.

Allerdings werde es ohne vorherige Schaffung eines großdeutschen Kernstaates kein Pan-Europa, sondern ein Pan-Balkan in Europa geben, denn der österreichische Staat sei lebensunfähig und brauche, um leben zu können, Anschluß.

Der einseitig realpolitische mögliche Anschluß Oesterreichs sei der Anschluß an das Deutsche Reich.

Dieser Knäpfe der Vorrede mit besonderer Betonung die folgenden Sätze: Daß man diese realpolitische Einsicht gewonnen, so ergibt sich aus ihr ein zwingender Schluß auf die rechten Mittel, den Anschluß zu verwirklichen. Zehnminütige Begeisterung, Entschickungen

Sicherheitsfrage Abstand zu nehmen, solange die deutsche Note nach Paris nicht abgegangen ist. Zu gleicher Zeit wird er aber auch die Gelegenheit benutzen, um auf die Nothwendigkeit der Erledigung des gesamten vorliegenden Vertragsstoffes und der Berücksichtigung der in Frage kommenden Gehege hinzuweisen. In einer besonders schwierigen Lage befindet sich das Zentrum, das zum Beispiel in der Zollfrage vollkommen geteilt. Auffassung ist, während der größere rechte Flügel den Wunsch der Deutschenationalen auf das lebhafteste unterstützt, das Zollgesetz sobald als möglich schon im Hinblick auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zu verabschieden, wünscht der linke Flügel mit der linken Opposition gegen die Vorlage der Regierung vorzugehen. Dem Reichskanzler wird viel daran liegen, die getheilten Meinungen innerhalb des Zentrums durch Kompromiß-Vorschläge auf eine einheitliche Basis zu bringen.

Unbegründete Gerüchte

(Eigener Informationsdienst.) Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, entbehren die Gerüchte, die von einem bevorstehenden Rücktritt des deutschen Votschalters in Moskau Grafen Brodorsky-Monau seinen wahren, jeglicher Begründung. Ramentlich ist es abwegig, diese Gerüchte mit dem kürzlichen Besuch des russischen Sowjetvertreter's Litwinoff bei dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf seiner Durchreise durch Berlin oder mit den drei Todesurteilen in dem Moskauer Prozeß gegen die drei deutschen Staatsangehörigen in Verbindung bringen zu wollen.

Die Frage der Beamtengehälter-Erhöhung

(Eigener Informationsdienst.) Die Spitzenorganisationen der Beamten-Gewerkschaften waren sich vor einiger Zeit darüber schlüssig geworden daß sie einen gemeinsamen Schritt beim Reichskanzler Dr. Luther unternehmen wollten, um eine allgemeine Beamten-Gehältererhöhung zu erzielen. Die Organisationen waren der Ansicht, daß

und Verbrüderungen führen nicht zum Ziele. Aller noch so wohl gemeinter Anschlußlärm ist realpolitisch unschädlich. Wir sollten nicht die Methoden von 1848 wieder aufleben lassen.

Vor Protokollen und Resolutionen sollen die Widerstände nicht. Das sind Wiedermeier-Aktionen.

Im Gegentheil wird dadurch die großdeutsche Frage nur in ein Stadium zurückgeschraubt, das sie schon hinter sich hat. Denn es steht heute etwa dort, wo die kleindeutsche Frage etwa 1892 oder gar 1865 stand. Ihre Lösung ist jetzt eine Sache eisklarer und eiskalter politischer Kleinarbeit.

Der damals von Bismarcks Genie gewählte Weg über Blut und Eisen braucht heute nicht diskutiert zu werden, denn er ist für Deutschland vertrieben.

So bleibt uns nur unendlich geduldige diplomatische und publizistische Kleinarbeit in der Ueberwindung, Ueberzeugung, Verbundung und Gewinnung widerstrebender Interessen und Auffassungen.

Aber diese sanfte Kleinarbeit wird über das heutige Großdeutschland, hinaus dem einflauen Gesamt Europa mit sanfte kommen.

eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister seine Erfolge zeitigen würde. Der Reichskanzler wird, wie wir hören, in dieser Woche voraussichtlich noch nicht in der Lage sein, die Beamtenvertreter zu empfangen, da er zuerst die dringendsten politischen Fragen akklariert haben will.

Der Finanzausgleich

Im Steueränderung des Reichstages wurde nach erneuten Erklärungen der Vertreter des Reiches und der Länder über ihren bekannten Standpunkt eine vorläufige Entscheidung über den Finanzausgleich durch die Annahme eines Antrages getroffen, der von den Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung gestellt war und dahin lautete, daß die Länder für sich und ihre Gemeinden von dem Aufkommen an Umlagsteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 5 v. H., vom 1. April 1926 an 8 v. H. erhalten sollten. Die Beteiligung der Gemeinden soll die Landesgesetzgebung erledigen. An der Einkommen- und Körperschaftsteuer sollen die Länder und Gemeinden mit 75 v. H. beteiligt sein.

Eine lange Debatte entspann sich dann über den 8 v. H. der Regierungsvorlage, der die Länder berechnigt, den Gemeinden die Anteile an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer unter gewissen Voraussetzungen zu kürzen. Dann einigte sich der Ausschuss auf folgende vom Abg. Dr. Brülling (3.) vorgeschlagene Fassung:

Die Länder sind berechtigt, den Gemeinden die ihnen zustehenden Anteile an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer im Rechnungsjahre 1926 zu kürzen, wenn der Bedarf einer Gemeinde, der aus Steuern und sonstigen Abgaben und Ueberflüssen der Betriebsverwaltungen zu decken ist, unter Berücksichtigung der ihnen durch die Dritte Steuernotverordnung übertragenen Aufgaben auf sozialem Gebiet und der sonstigen wesentlichen Veränderungen in den Verhältnissen der Gemeinden überhaup, wie des allgemeinen Steuerumfaktors, den entsprechenden Friedensbetrag um mehr als 10 v. H. übersteigt.

Der vertragslose Zustand mit Frankreich

Die voraussichtlich heute erfolgende Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat zur Folge, daß der am 10. Januar begonnene vertragslose Zustand weiter fortgeführt wird. In Industriekreisen ist man über die Unnachgiebigkeit der Franzosen in der Zollfrage außerordentlich verwundert, da man der Ueberzeugung ist, daß die Folge der Unterbrechung und die Sinausschiebung des Abschlusses eines Provisoriums sich weniger als auf deutschen als auf französischen Wirtschaftskörper zeigen wird. Deutschland ist, wenn man die Kriegs- und Nachkriegsjahre dazu rechnet, bereits seit zehn Jahren wirtschaftlich und handelspolitisch völlig auf sich selbst gestellt gewesen. Ihm bedeutet also der vertragslose Zustand nichts neues. Die Inflation ist von der Industrie (allerdings mit Wertverlust) überwunden worden und man hofft, auch die jetzige Zeit der Geldverknappung und des Abnahmangels einigermaßen gut und nicht völlig erschöpft zu durchlaufen. In Frankreich aber beginnt nach Meinung der Industriellen erst jetzt die kritische Zeit, wenn die Erkenntnis die Vertragsbedolmätigten und deren Auftraggeber nicht bald zur Umkehr zwingt. Der Sturz des Franken sollte ihnen doch stark zu denken geben! Auf die gesamteuropäische Wirtschaftslage wird dieser Zustand kaum einen größeren Einfluß ausüben können, da die anderen Länder sich seit Jahren bemüht haben, sich neue, sichere Absatzquellen zu schaffen.

Was die deutsche Industrie (und hierin geht sie einig mit der deutschen Delegation) unter allen Umständen zu vermeiden sucht, ist der Zollkrieg, der allerdings für Deutschlands und für Frankreichs Wirtschaft unübersehbare Folgen haben müßte. Die letzte Besprechung zwischen Trendelenburg und Chaumet, welche heute erfolgen soll, wird sich auch vor allem um diese Frage drehen. Es ist der Wille der deutschen Unterhändler, zu einer gütigen Einigung mit den Franzosen zu kommen, um sobald wie möglich die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Zwischenzeit soll von beiden Regierungen benutzt werden, die Zollgehege zu verabschieden. Die deutsche Industrie rechnet auf das Bestimmteste damit, daß im Reichstag das Zollgesetz noch vor Schluss der jetzigen Tagesperiode unter Dach und Fach gebracht wird, damit es auch möglich ist, die Einfuhr-Verbote aufzuheben.

Zu der Frage, ob mit der Verlegung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch automatisch eine Vertagung der privaten deutsch-französischen Industrie-Sprechungen verbunden sei, teilt man aus beteiligten Kreisen mit, eine derartige Notwendigkeit bestehe nicht. Dementsprechend werden diese Verhandlungen, die Ende Juli in Paris stattfinden sollen, auch weiterhin fortgeführt werden. Auch das Abkommen der weiterarbeitenden Industrie mit der Eisenindustrie über die Exportvergütung soll nicht durch die Aussetzung der Handelsvertragsverhandlungen berührt werden.

Innerpolitisch dürfte der jetzige Ausgang der Verhandlungen nicht ohne Wirkung bleiben. Die Sozialdemokraten beschäftigen sich mit der Frage, ob es nicht ratsam sei, von der Reichsregierung einen Rechenschaftsbericht über die geführten Besprechungen in